
9435/J XXVII. GP

Eingelangt am 20.01.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Christian Ries
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend Verbindungen von McKinsey zur ÖVP

Im Zuge der Neubesetzung der Regierung im Dezember 2021, wurden durch die ÖVP einige neue Minister ins Amt geholt. Weiters wurden in den Kabinetten sowie im Bereich der Pressearbeit personelle Neu- oder Umbesetzungen durchgeführt.

Wie das Online-Medium „zackzack“ berichtete, kam im Zuge des Ibiza-U-Ausschuss heraus, dass bei der geplanten Privatisierung des Bundesrechenzentrums das US-Beratungsunternehmen McKinsey herangezogen wurde.

<https://zackzack.at/2020/09/16/finanzministerium-beauftragte-mckinsey-fuer-oevp-geheimprojekt-edelstein-fuer-75-000-euro-steuergeld/>

Der neue Kabinettschef des Kanzleramts, Markus Gstöttner, welcher zuvor unter der Regierung Kurz bereits Vize-Kabinettschef war, arbeitete selbst sechs Jahre bei besagtem Beratungsunternehmen. Somit reichen die Verbindungen von McKinsey mittlerweile bis ins Innere des Kanzleramts.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Justiz folgende

ANFRAGE

- 1) Wie viele Mitarbeiter Ihres Ministeriums waren bei McKinsey beschäftigt?
- 2) Wie lange waren all jene, die bei McKinsey beschäftigt waren, dort tätig?
- 3) Wurden aus Ihrem Ministerium in der laufenden Periode Aufträge an McKinsey vergeben?
- 4) Wenn ja, wie viele und in welcher Einzelhöhe?
- 5) Wenn Aufträge unentgeltlich ausgeführt wurden, gab es andere Gegenleistungen? Wenn ja, welche?
- 6) Wurden andere Personalberatungsunternehmen bei der Vergabe von Aufträgen zugezogen?
- 7) Wenn ja, welche?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.